

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 29.04.2025)

Titel: Kinder und Familien

Antragstext

Kinder und Familien

Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- eine Familienfördergarantie, die Familien unbürokratisch die Unterstützung zukommen lässt, auf die sie einen Anspruch haben.
- verlässliche Kindertagesbetreuung, die allen Kindern die gleichen Startchancen bietet und Eltern ermöglicht, Familie und Beruf zu vereinbaren.
- eine starke und finanziell abgesicherte Trägerlandschaft in der Jugendhilfe, die den wachsenden und sich verändernden Herausforderungen im Sinne der Kinder, Jugendlichen und Familien unserer Stadt gewachsen ist.
- konsequente Verbesserungen im Arbeitsfeld der Sozial- und Erziehungsberufe, um neue Fachkräfte gewinnen und erfahrene Fachkräfte binden zu können – egal ob in der Kita, dem offenen Ganzttag, der Jugendarbeit oder der Heimerziehung.

Wir GRÜNE stehen für ein Münster, in dem auch Kinder aus benachteiligten Verhältnissen groß träumen dürfen – und junge Menschen sicher großwerden können, weil wir ihre Rechte konsequent in den Mittelpunkt stellen. Dabei sehen wir Kinder in all ihren Lebensrealitäten: in Vater-Mutter-Kind-Familien ebenso wie in Regenbogenfamilien, bei Alleinerziehenden, in Patchwork-Konstellationen oder in Formen der Co-Elternschaft. Wir unterstützen Eltern darin, dass sie Familie und Beruf partnerschaftlich und gleichberechtigt miteinander vereinbaren können.

Ein solches familienfreundliches und plurales Münster erreichen und erhalten wir nur mit den vielen freien Trägern und ihrer wichtigen Arbeit für unsere

Stadtgesellschaft. Wir sehen unsere Verantwortung in den nächsten Jahren daher nicht nur im Ausbau kinder- und familienpolitischer Leistungen, sondern angesichts des Fachkräftemangels und knapper finanzieller Mittel auch im Erhalt und der Unterstützung unserer vielfältigen Trägerlandschaft.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir haben Kita-Träger entlastet, sodass Kitas nicht aus finanziellen Gründen schließen müssen und dringend benötigte Betreuungsplätze erhalten bleiben.
- Trotz steigender Kosten haben wir in der Kindertagesbetreuung die Erhöhung der Elternbeiträge abgewendet und stattdessen sogar eine Entlastung für die unteren Einkommensgruppen und eine Rückerstattung für ausgefallene Betreuungszeiten erreicht.
- In einer herausfordernden Haushaltslage haben wir den Erhalt zahlreicher Angebote gesichert und Unterstützungsstrukturen, wie zum Beispiel die Babylotsen oder die Kitasozialarbeit weiter ausgebaut oder neu geschaffen.
- Mit der Einrichtung eines Unterausschusses Jugendhilfe und Fachkräfte sowie einer Koordinierungsstelle Fachkräftegewinnung und -bindung haben wir erfolgreiche Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel in Kitas und dem Offenen Ganztag entwickelt, umgesetzt und begleitet.

Die Familienfördergarantie für Münster

Auch in Münster gibt es Familien und Kinder, die in oder mit Armut aufwachsen. Zwar gibt es viele finanzielle Unterstützungsleistungen, aber zu oft werden diese von den Betroffenen aus Scham, Unwissenheit oder wegen bürokratischer oder sprachlicher Hürden nicht in Anspruch genommen. Das werden wir durch die Einführung einer kommunalen Familienfördergarantie ändern.

Statt für unterschiedliche Leistungen unterschiedliche Anträge bei unterschiedlichen Anlaufstellen einreichen zu müssen, werden wir zukünftig die Verwaltung die Arbeit für die Familien machen lassen. Wer eine Leistung wie zum Beispiel Wohngeld, Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, Kinderzuschlag usw. beantragt, wird automatisch über den Anspruch auf weitere Leistungen informiert und kann sie unbürokratisch in Anspruch nehmen. Für zusätzlichen Beratungsbedarf im Bereich der Sozialleistungen werden wir eine zentrale Anlaufstelle bei der Stadt einrichten. Natürlich wird die Familienfördergarantie so gestaltet sein, dass alle Münsteraner*innen – ob hier geboren oder hierher

56 geflüchtet, ob mit oder ohne Beeinträchtigung – von den Vorteilen profitieren.

57 **Münster – eine Stadt für Kinder**

58 Kinderrechte sind das Fundament unserer Politik. Wir setzen uns für eine Stadt
59 ein, in der junge Menschen ihre Rechte auf Schutz, Förderung und Mitbestimmung
60 uneingeschränkt wahrnehmen können. Deswegen werden wir in Münster den Prozess
61 zur Zertifizierung als kinderfreundliche Kommune anstoßen und die Kinderrechte
62 systematisch in allen Bereichen unserer Stadt verankern.

63 Die Kinderrechte gelten für alle Kinder und Jugendlichen. Entsprechend werden
64 wir die freien Träger der Jugendhilfe weiterhin darin unterstützen, dass für
65 junge Menschen aus allen Lebenslagen Hilfs- und Unterstützungsangebote
66 vorgehalten werden können.

67 Spielplätze sind Orte der Begegnung für Kinder und ihre Familien. Damit alle
68 Kinder diese Orte nutzen können, also insbesondere auch Kinder mit Behinderung,
69 werden wir Münster zur Vorreiterin inklusiver Spielplätze machen. Dazu gehören
70 barrierefreie Wege, Sitz- und Erholungsmöglichkeiten sowie selbstverständlich
71 auch inklusive Spielgeräte. Auch für Jugendliche werden wir im Sinne ihrer
72 Rechte inklusive Orte im Stadtraum schaffen.

73 **Eine verlässliche und gute Kindertagesbetreuung**

74 Kindertageseinrichtungen sind nicht nur Orte der frühkindlichen Bildung,
75 Entwicklungsförderung und Vorschulförderung, sondern auch unverzichtbare Säulen
76 für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neben den Kindertageseinrichtungen
77 leisten im U3-Bereich auch die Kindertagespflege und Kindergroßtagespflege einen
78 wichtigen Beitrag zu einer stabilen Betreuungsinfrastruktur.

79 Stadtteile, in denen die Versorgung mit Betreuungsplätzen noch
80 unterdurchschnittlich ist, werden wir besonders in den Fokus nehmen und
81 Ressourcen dorthin lenken, wo hohe Bedarfe anzutreffen sind. Der Bedarf an
82 Fachkräften sowie finanzieller Unterstützung ist in nahezu allen Einrichtungen
83 spürbar und erfordert eine Fortführung unserer bisherigen kommunalpolitischen
84 Anstrengungen.

85 **Mehr Fachkräfte und eine sichere Finanzierung der Kitas**

86 Die Zahl der Bewerber*innen für eine pädagogische Ausbildung übersteigt
87 inzwischen oftmals das Angebot der Berufsschulen. Entsprechend werden wir den

Ausbau der Ausbildungskapazitäten fördern. Gleichzeitig werden wir angesichts hoher Abbruchquoten die Ausbildungsbedingungen verbessern, indem wir die Begleitung in den Praxisphasen professionalisieren und Unterstützungsangebote schaffen, die den Wünschen junger und angehender Fachkräfte gerecht werden.

Wir werden uns für die Fortführung des Unterausschusses Jugendhilfe und Fachkräfte einsetzen, um gemeinsam mit der von uns im Jugendamt geschaffenen Stelle für die Fachkräftegewinnung und -bindung sowie Trägern und dem Jugendamtseaternbeirat weiter an Lösungen zu arbeiten.

Wer sich für einen pädagogischen Beruf entscheidet, tut dies, weil sie oder er Spaß an der Arbeit mit Kindern und Familien hat. Damit sich die Fachkräfte in den Kitas auf diese Arbeit konzentrieren können und insbesondere Leitungspositionen von nicht-pädagogischen Aufgaben entlastet werden, werden wir den Einsatz von Verwaltungs- und anderen unterstützenden Kräften in den Einrichtungen prüfen.

Die Ausgestaltung der Kitafinanzierung liegt zuallererst beim Land NRW und fußt aktuell auf je einem Beitrag von Land und Kommune sowie einem von den Trägern kaum noch zu leistenden Anteil. Wenn die vom Land angekündigte Reform der Kitafinanzierung nicht die gewünschte Entlastung für die Träger bringt, sind wir uns unserer kommunalen Verantwortung bewusst, finanziell einzuspringen, um unsere Betreuungsinfrastruktur aufrechterhalten zu können.

Die Kita als Ort der Entwicklungsförderung und Familienunterstützung

Die Lebensrealitäten von Kindern und ihren Familien sind heute vielfältiger denn je. Viele Kinder wachsen mit einer eigenen oder familiären Migrationsgeschichte auf. Die ökonomischen Voraussetzungen der Familien unterscheiden sich zum Teil stark, und es gibt eine breite Vielfalt an gelebten Familienmodellen. Auch darüber hinaus zeigen sich viele Facetten von Diversität. Unabhängig davon verdient jedes Kind die besten Startchancen, die wir GRÜNE ihm ermöglichen werden.

Frühkindliche Förderung, Bewegung und gesunde Ernährung sind essentiell für eine gesunde Entwicklung. Daher setzen wir uns für die Verbesserung der dafür nötigen Rahmenbedingungen ein. Das Raumprogramm neuer Kitas werden wir beispielsweise so anpassen, dass ab einer gewissen Einrichtungsgröße ein zweiter Bewegungsraum einzuplanen ist. Außerdem werden wir darauf achten, dass die Außenflächen naturnäher und bewegungseinladender gestaltet werden und möchten Träger, die die Bereiche Bewegung und Ernährung besonders berücksichtigen, in ihren Anstrengungen unterstützen. Ebenso werden wir schwerpunktmäßig auf

sprachfördernde und diversitätssensible Angebote achten, um der Vielfalt der Kinder und ihrer Familien gerecht zu werden.

Als Kommune begrüßen wir den Ausbau der Familienzentren durch das Land NRW. Dadurch können Familien und Kinder mit höherem Unterstützungsbedarf bereits niedrigschwellig gefördert werden. Als zusätzliche kommunale Unterstützung für Familien und Fachkräfte haben wir die Kitasozialarbeit in Coerde, einem Stadtteil mit hoher Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit, eingerichtet. Unser Ziel ist es, auch in anderen, ähnlich gelagerten Stadtteilen die Kitasozialarbeit zu etablieren.

Eine große Veränderung für die Kitas wird die Inklusion von Kindern mit Behinderung in die Betreuung in den nächsten Jahren. Damit alle Kinder – ob mit oder ohne Behinderung – die gleichen Bildungs- und Entwicklungschancen genießen können, werden wir mit den Trägern, dem Jugendamt und den Fachkräften diese Veränderung aktiv und positiv gestalten.

Kinderbetreuung und Familie

Ein Betreuungsplatz ermöglicht Eltern – in den meisten Fällen leider immer noch Müttern – eine gleichberechtigte Berufstätigkeit und kann damit Altersarmut vorbeugen. Nicht nur aus diesem Grund besteht für Eltern der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz und ab dem Schuljahr 2026/2027 auch ein Anspruch auf einen Platz im Offenen Ganztage.

Um den Weg zu einem Kita-Platz für Eltern so einfach wie möglich zu gestalten, werden wir den Kita-Navigator weiter verbessern. Unsere Ziele sind dabei eine für die Eltern nachvollziehbare Platzzuweisung und transparente sowie aktuelle Darstellung aller vorhandenen Betreuungsplätze. Der Jugendamtselternbeirat wird an diesem Prozess weiterhin beteiligt und stellt ein wichtiges Scharnier zwischen der Verwaltung, Politik und den Eltern dar.

Auf die Erhebung von Elternbeiträgen für einen Kita-Platz oder OGS-Platz werden wir ohne entsprechende Kompensationen in Millionenhöhe durch das Land oder den Bund nicht verzichten können. Wir werden aber – wie in der Vergangenheit – jeden durch Elternbeiträge eingenommenen Euro weiterhin in die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Kinderbetreuung investieren. Wir werden die Elternbeitragstabellen so überarbeiten, dass die unteren Einkommensstufen weiter entlastet und Familien mit besonders hohen Einkommen zukünftig stärker an der Finanzierung beteiligt werden. Dadurch schaffen wir ein gerechteres Beitragssystem, in dem alle einen ihrem Einkommen angemessenen Beitrag leisten. Die Erhebung und den Einzug der Elternbeiträge werden wir zusätzlich

vereinfachen und ressourceneffizienter gestalten.

Eine krisenfeste Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Die Jugendhilfe muss sich mehr denn je an gesellschaftliche Veränderungen anpassen: gesetzliche Änderungen, steigende Bedarfe, herausfordernde Fälle – und das alles in einer Zeit, in der Fachkräfte fehlen und der kommunale Haushalt zum Sparen auffordert. Wir sind uns dessen bewusst und werden konstruktiv mit dem Jugendamt und den Trägern zusammenarbeiten. Es ist für uns keine Option, Angebote pauschal und ersatzlos zu streichen. Grüne Familienpolitik folgt dem Grundsatz, dass jeder Euro, den wir heute in das sichere Großwerden der Kinder und Jugendlichen und die frühe Unterstützung der Familien investieren, später mehrere hundert Euro einsparen wird. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, werden wir die bisherigen Schwerpunkte Kita und Offener Ganztags des Unterausschusses Jugendhilfe und Fachkräfte um weitere Arbeitsfelder erweitern.

Eine Jugendhilfe, die die Inklusion von Menschen mit Behinderung umsetzt

Mit der Reform des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII), welches sämtliche Leistungen der Jugendhilfe regelt, wird es zunehmend kommunale Aufgabe, auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung gleichberechtigt zu fördern und ihnen Unterstützung in allen Lebenslagen anzubieten. Auf dem Weg dorthin werden wir eine starke Kooperation zwischen den Institutionen sowie der freien und öffentlichen Jugendhilfe schaffen, die Fachkräfte stärken und nicht zuletzt Bewusstsein und Aufklärung für diese wichtige Aufgabe fördern.

Eine stärkere Beteiligung und mehr Fachlichkeit in kommunalpolitischen Entscheidungen werden wir auch Interessenvertretungen wie Wohlfahrtsverbänden oder dem Stadtjugendring durch eine intensivere Einbindung in den Jugendhilfeausschuss ermöglichen.

Eine Jugendhilfe, die Ressourcen klug einsetzt

Wenn die vorhandenen Ressourcen nicht ausreichend sind, muss über neue Wege nachgedacht werden. Dem wachsenden Bedarf an Schulbegleitungen werden wir verstärkt durch Pool-Lösungen begegnen. Dadurch werden wir nicht nur mehr Kinder im Schulalltag begleiten, sondern dabei auch noch schneller werden können. Bis wir die Bewilligungsstrukturen für Schulbegleitungen und Integrationskräfte beschleunigt haben, können auch Kinder, deren Begleitung noch nicht bewilligt wurde, vom flexiblen Einsatz einer Pool-Lösung profitieren.

In Zukunft werden wir stärker den Prinzipien der Sozialraumorientierung folgen,

damit die Träger Synergien und vorhandene Ressourcen nutzen und diese bedarfsgerecht und flexibel einsetzen können. Insbesondere in der schulnahen Jugendhilfe werden wir auf einen Träger pro Schulstandort und bestenfalls pro Quartier setzen, damit unnötige Doppelstrukturen vermieden und der Arbeitsplatz Schule für Sozial- und Erziehungsberufe attraktiver werden kann.

Eine Jugendhilfe, die die Kinder schützt

Gerade im Bereich der Hilfen zur Erziehung sind die Kosten in den letzten Jahren gestiegen. Der Grund dafür liegt in zunehmend zeitintensiveren und komplexeren Fällen, die die Träger und das Jugendamt vor wachsende Herausforderungen stellen. Wir werden die Jugendhilfe dabei unterstützen und erkennen gleichzeitig die Notwendigkeit, präventive Angebote zu stärken. Ob schon bei der Schwangerschaftsberatung oder bei den frühen Hilfen: Je früher Entwicklungsdefizite bei Kindern oder Problemlagen in Familien erkannt werden, desto größer sind die Chancen, später auf kostenintensive Hilfen verzichten zu können.

Der Kommunale Sozialdienst (KSD) des Jugendamtes spielt eine wichtige Rolle in Kinderschutzfällen. Der Fachkräftemangel und wachsende Herausforderungen in diesem Arbeitsfeld erfordern auch hier neue Lösungen, die wir politisch gemeinsam mit dem Jugendamt erarbeiten werden.

Die Strukturen im Bereich des Kinderschutzes haben wir in den zurückliegenden Jahren stetig verbessert und den Runden Tisch gegen sexualisierte Gewalt in das Netzwerk Kinderschutz überführt. Die Schnittstellen zwischen medizinischem Kinderschutz, Justiz und Polizei, dem Jugend- und Gesundheitsamt, Schulen, Beratungsstellen und weiteren Trägern werden wir weiter optimieren und die Arbeit des Netzwerks Kinderschutz begleiten. Dabei werden wir einen besonderen Schwerpunkt darauf legen, dass der Dialog und die Weiterentwicklung an die Bereiche herangetragen werden, wo mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet wird, damit die Jüngsten unserer Gesellschaft immer und überall bestmöglich geschützt sind. Die von der Landesregierung vorgesehene Errichtung eines Childhood-Hauses in jedem Oberlandesgerichtsbezirk begrüßen wir und sehen Münster mit dem hiesigen Universitätsklinikum als geeigneten Standort für eine solche Einrichtung.